

# Die Landwirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland



Die Grundlage der nationalsozialistischen Agrarpolitik, so wie sie heute durchgeführt wird, ist im Parteiprogramm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) verankert. Das Parteiprogramm wurde am 24. Februar 1920 vom Führer und Reichskanzler Adolf Hitler in München verkündet und hat auch heute unverändert seine volle Gültigkeit behalten. R. Walther Darré, der jetzige Reichsbauernführer, gab dem für die Landwirtschaft wichtigen Teil des Parteiprogramms Form, Leben und besonderen Inhalt. In zwei ausführlichen Büchern, „Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse“ und „Neuadel aus Blut und Boden“, behandelte Darré diese Fragen grundsätzlich und wurde 1930 von Adolf Hitler zum Führer der Abteilung Landwirtschaft innerhalb der NSDAP bestimmt. Diese Abteilung Landwirtschaft ist unter dem Namen „Agrarpolitischer Apparat der NSDAP“ bekannt geworden. Durch ihn wurde in der Kampfzeit, also vor 1933, ein großer Teil des deutschen Landvolkes erobert und das deutsche Bauerntum bis zur Machtübernahme gesammelt. Der „Agrarpolitische Apparat“, dessen Gesamtaufbau ebenfalls das Werk des Reichsbauernführers ist, hat damals schon die Vorarbeiten für die heutigen und zukünftigen Landwirtschaftsgesetze in Angriff genommen und die Maßnahmen zur Rettung der deutschen Landwirtschaft vorbereitet. Seit dieser Zeit wurde mit unerschütterlicher Folgerichtigkeit auf die Ziele hingearbeitet, die nach der Machtübernahme verwirklicht wurden oder die noch ihrer Verwirklichung harren. Dies klar herauszustellen, ist notwendig, weil gelegentlich die Meinung auftaucht, als ob sich die Notwendigkeit der einzelnen, jetzt ergriffenen Maßnahmen erst im Laufe der Entwicklung herausgestellt habe und nicht von Anfang an geplant gewesen wäre. Von rein technischen, sich aus der Durchführung ergebenden Zweckmaßnahmen abgesehen, blieb die Grundlinie immer gewahrt, auch dann, als sich vorübergehende Schwierigkeiten in den Weg stellten und ein anderer Weg zunächst erfolgversprechender oder bequemer erschien.

So trat die NSDAP am Tage der Machtübernahme, am 30. Januar 1933, gut vorbereitet und aufs beste geführt den praktischen Kampf um die Befreiung des deutschen Bauerntums an.

Der Nationalsozialismus war sich von Anfang an klar dar-



über, daß nicht wirtschaftliche Maßnahmen allein der deutschen Landwirtschaft die Rettung vor dem Untergang bringen konnten, sondern daß in der Hauptsache die geistigen und ideellen Grundlagen einer Änderung bedurften. Die neue Agrarpolitik konnte aus diesem Grunde nicht auf dem kapitalistischen Grundsatz von Angebot und Nachfrage aufgebaut werden, denn sie darf nicht die kaufmännische Tüchtigkeit für den Bauer als ausschlaggebend anerkennen. Solche Grundsätze sind in der deutschen Landwirtschaft von heute nicht mehr die maßgebenden Faktoren. Vielmehr geht die nationalsozialistische Agrarpolitik von folgenden Grundsätzen aus:

Die deutsche Landwirtschaft ist ein lebenswichtiger Teil der Volkswirtschaft. Sie hat als Teil dieses Ganzen dem deutschen Volke zu dienen und insbesondere seine Ernährungsgrundlage sicherzustellen, ohne daß sich Deutschland deshalb etwa vom Weltmarkt vollkommen unabhängig machen kann und will. Nachdem aber die deutsche Landwirtschaft die Aufgabe erhalten hat, die Grundlage der Volksernährung zu sichern, hat sie eine große Verpflichtung übernommen, dadurch aber auch den Anspruch auf den Schutz des Staates für Erzeugungsstätte und Erzeugung. Der Schutz des Staates besteht in erster Linie darin, daß er den Bauernhof für das Geschlecht, für Kind und Kindeskind erhält, wie es im Reichserbhofgesetz festgelegt ist. Weiterhin schützt der Staat aber auch die Landwirtschaft vor der Spekulation mit den wichtigsten für die Volksernährung notwendigen Nahrungsmitteln dadurch, daß er für bestimmte Erzeugnisse feste Preise eingeführt hat.

Die deutsche Geschichte bis in älteste Zeiten zurück beweist, daß es den Deutschen und ihrer Landwirtschaft dann am besten ergangen ist, wenn die Bauern frei und unabhängig waren. „Bauer ist“, um mit dem Reichsbauernführer R. Walther Darré zu sprechen, „wer in erblicher Verwurzelung seines Geschlechts mit Grund und Boden sein Land bestellt und seine Tätigkeit als eine Aufgabe an seinem Geschlecht und an seinem Volke betrachtet.“ Vom Bauern werden deshalb nicht nur fachliche Fähigkeiten verlangt, sondern es sind mit diesem Begriff moralische Qualitäten und sittliche Forderungen verbunden. Diese können nicht anerzogen und angelernt werden. Sie sind dem Bauern angeboren.

Wer die Arbeit für die Ernährungswirtschaft im allgemeinen





*Der Führer und der Reichsbauernführer R. Walther Darré*

und für die deutsche Landwirtschaft im besonderen im nationalsozialistischen Deutschland kennenlernen und die getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen verstehen will, muß sie von bestimmten Gesichtspunkten aus betrachten. Nicht für den Augenblick zu denken, sondern für die kommenden Generationen zu sorgen, nicht nur für den einzelnen zu arbeiten, sondern dem Gesamtwohl zu dienen, ist notwendig. Nur wer von diesen Gesichtspunkten ausgeht, kann und wird das be-



greifen, was er auf dem landwirtschaftlichen Sektor bei uns sieht. Wer gewohnt ist, nur kapitalistisch zu denken, muß zu kapitalistischen Schlüssen kommen. Wer nur kaufmännisch rechnet, wird ein kaufmännisches Ergebnis erhalten. Ein Hineinfühlen und Hineindenken in unsere Verhältnisse wird für solchen Beobachter kaum oder nur schwer möglich sein, höchstens werden dann Teilmaßnahmen verstanden und gewürdigt, soweit sie dem eigenen Denken und Fühlen entsprechen. Die nationalsozialistische Agrarpolitik ist aber nur eine deutsche Agrarpolitik und kann nur eine solche sein, weil sie in erster Linie die Aufgabe hat, dem deutschen Volke zu dienen. Was also hier in Deutschland für uns zweckmäßig ist, braucht für ein anderes Land noch nicht geeignet zu sein. Deutschland, im Herzen Europas eingeschlossen, mit einem verhältnismäßig rauhen Klima, und nicht überall besonders guten Boden, mit einer starken Bevölkerungsdichte hat ganz andere Lebensvoraussetzungen als ein anderes Land.

Weil wir unsere Agrarpolitik nur vom Standpunkt unseres Volkes und unserer Gesamtwirtschaft aus sehen, kann man die getroffenen Maßnahmen nur schwer mit denen anderer Länder vergleichen. So hat beispielsweise die russische Planwirtschaft nicht das mindeste mit der Marktordnung in Deutschland zu tun, weil schon die Voraussetzungen grundverschieden sind. Bei uns vom Grundsatz der Erhaltung des Volksganzen ausgehend, um dem Volke zu dienen, dort vom Kollektivismus angeregt mit der Ausrichtung auf die Internationale. Ganz unmöglich ist es deshalb auch, rein mechanisch die wirtschaftlichen Maßnahmen, die in einem Lande erfolgreich waren, nun auf ein anderes Land zu übertragen, um dort zu gleichen Ergebnissen zu gelangen. Unser deutsches Volk hat daher, auch von der landwirtschaftlichen Seite aus betrachtet, nicht die Absicht, einem anderen Lande unsere deutsche Agrarpolitik aufdrängen zu wollen. Im Gegenteil, um die großen Aufgaben erfüllen zu können, die unserer Landwirtschaft gestellt sind, braucht Deutschland Ruhe und Frieden und wird daher dem Ziele, der Erhaltung des Friedens, mit allen Kräften dienen. Die deutsche Landwirtschaft wird nach dem alten Leitspruch handeln:

„Bebau dein Feld, bleib bei dem Pflug,  
dann nüttest du der Welt genug.“

## *Der Aufbau des Reichsnährstandes*

Um die vom nationalsozialistischen Staat gestellten agrarpolitischen und agrarwirtschaftlichen Aufgaben in Angriff nehmen zu können, mußte eine einheitliche und starke Organisation geschaffen werden, die den Namen „Reichsnährstand“ erhielt. Dadurch erst war es möglich, die Wünsche und Anordnungen des Reichsbauernführers in kürzester Zeit bis in die unterste Organisationseinheit bekanntzugeben und durchzuführen. Mit der Schaffung des Reichsnährstandes wurde eine große Zahl von landwirtschaftlichen Organisationen beseitigt, deren Tätigkeit nach dem großen Weltkrieg in der Hauptsache Selbstzweck war und statt dem Bauern zu helfen, darin bestand, daß sie sich gegenseitig bekämpften. Zwei Aufgaben hatte also der Reichsnährstand übernommen, nämlich die Unsumme der landwirtschaftlichen Verbände zu einer Einheit zusammenzuschweißen, um dadurch die zweite eigentliche Aufgabe erfüllen zu können, die deutsche Landwirtschaft auf neuer Grundlage wieder aufzubauen. Grundsätzlich war man sich darüber klar, daß die Organisation nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sein konnte.

Die Reichsregierung hat am 13. September 1933 als Grundgesetz für die Landwirtschaft das Reichsnährstandsgesetz erlassen. Es handelt sich hier um das Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes. Damit wird dieser über eine freiwillige Standesorganisation hinausgehoben und zur öffentlich-rechtlichen Körperschaft erklärt. Der Reichsnährstand ist also eine Pflichtorganisation für den von ihm erfaßten Personenkreis und untersteht staatlicher Aufsicht. Allerdings ist er weit davon entfernt, reine Interessenvertretung eines einzelnen Standes zu sein oder zu werden. Deshalb ist nicht nur die Erzeugergruppe, also die Landwirtschaft, im Reichsnährstand zusammengeschlossen, sondern darüber hinaus alle jene Wirtschaftsgruppen, die ebenfalls mit der Ernährung des deutschen Volkes zu tun haben. Es handelt sich um die Gruppen, die das Erzeugte bearbeiten und verarbeiten, und um diejenigen, die die Verteilung der Nahrungsgüter an die Verbraucher übernommen haben. Es ist also der Reichsnährstand auf Grund dieses Zusammenschlusses eine Körperschaft, die

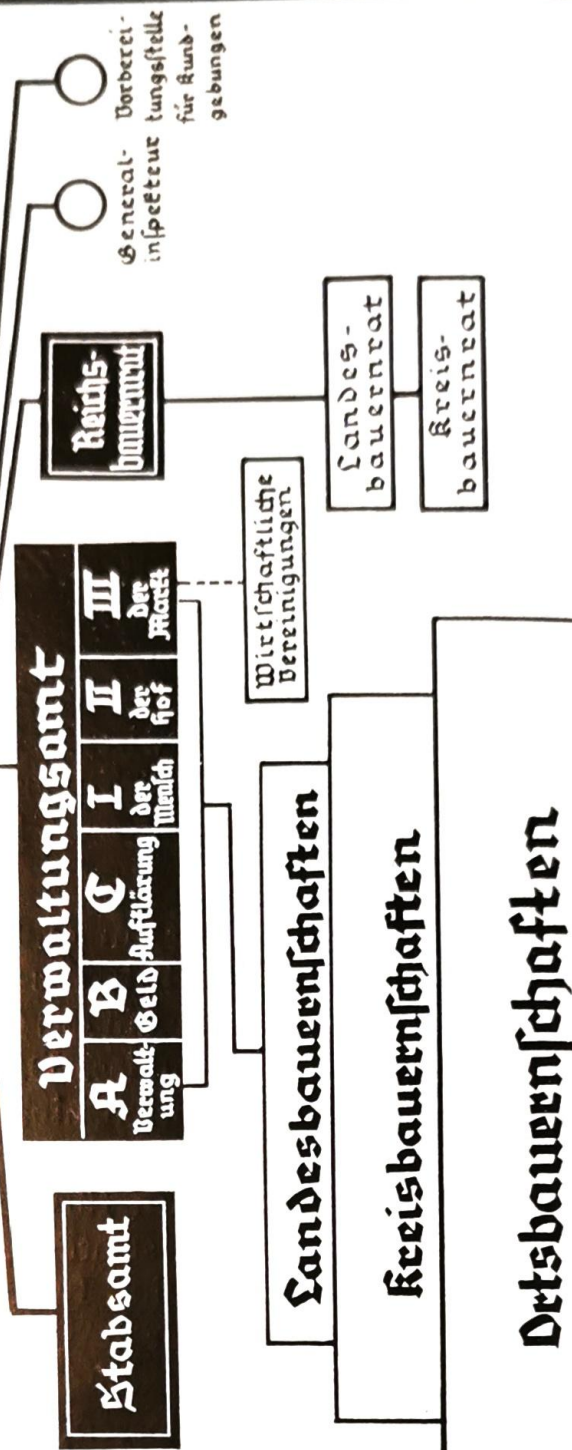


# Der Reichsnährstand



Der Reichsbauernführer

Reichsobmann



Erzeuger, Bearbeiter und Verteiler als gleich wichtige Gruppen innerhalb ihrer Organisation umfaßt.

Der innere Aufbau des Reichsnährstandes sieht in großen Umrissen folgendermaßen aus:

Über dem ganzen Reichsnährstand steht der Reichsbauernführer R. Walther Darré. Sein Stellvertreter ist der Reichsobmann Wilhelm Meinberg.

Zur Unterstützung des Reichsbauernführers ist beratend und ehrenamtlich der Reichsbauernrat geschaffen worden. Seine Mitglieder werden durch den Reichsbauernführer ernannt.

Im *Stabsamt*, unter Stabsamtsführer Dr. Reischle, hat sich der Reichsbauernführer ein Amt geschaffen, in dem die Führungsaufgaben auf *weite Sicht* geplant werden. Dies geschieht in Hauptabteilungen, die die Fragen der Wirtschaft, des Rechts, des zwischenvölkischen Bauerntums, der Schulung, der Aufklärung, des bäuerlichen Brauchtums und der Rasse behandeln.

Im *Verwaltungsamt*, dessen Leiter Verwaltungsamtsführer Freiherr von Kanne ist, werden die *laufenden Führungsaufgaben* bearbeitet.

Die Hauptabteilung I des Verwaltungsamtes befaßt sich mit der Betreuung des Menschen, gleichgültig ob es sich um den Eigentümer des Hofes, also Bauer oder Landwirt, um den Pächter oder um den Landarbeiter handelt. Alle Fragen, die den Menschen auf dem Lande betreffen, werden hier bearbeitet und vertreten.

Die Hauptabteilung II des Verwaltungsamtes ist für die Fragen, die mit der bäuerlichen Wirtschaft, dem Hof, also mit der Fachtechnik zusammenhängen, zuständig. Hierher gehören außer betriebswirtschaftlichen auch boden- und pflanzenkundliche Fragen, Werkausbildung, Forst, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen, sowie die Hauswirtschaft.

Die Hauptabteilung III des Verwaltungsamtes ist jene Stelle, die den Markt, d. h. die Verteilung des Nahrungsbedarfes, sowie die Be- und Verarbeitung betreut. Die dafür in Betracht kommenden Wirtschaftsgruppen sind in sogenannten Wirtschaftlichen Vereinigungen zusammengeschlossen, insgesamt 17, die in Selbstverwaltung besondere Aufgaben im



Rahmen der Gesamtheit vertreten und der Hauptabteilung III unterstehen. Die wichtigsten seien hier aufgezählt:

Hauptvereinigung der Deutschen Getreidewirtschaft,  
Hauptvereinigung der Deutschen Viehwirtschaft,  
Deutsche Milchwirtschaftliche Vereinigung (Hauptvereinigung),  
Hauptvereinigung der Deutschen Eierwirtschaft,  
Hauptvereinigung der Deutschen Garten- und Weinbauwirtschaft,  
Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften,  
Hauptvereinigung der Deutschen Brauwirtschaft,  
Hauptvereinigung der Deutschen Süßwarenwirtschaft,  
Hauptvereinigung der Deutschen Fischwirtschaft,  
Wirtschaftl. Vereinigung der Margarine- u. Kunstspeisefettindustrie,  
Hauptvereinigung der Deutschen Kartoffelwirtschaft.

Außer diesen drei genannten Hauptabteilungen besitzt das Verwaltungsamt noch drei weitere Hauptabteilungen. Zwei davon bearbeiten die Geld- und Vermögensverwaltung und Personalfragen. Die Hauptabteilung „Aufklärung“ befaßt sich mit Fragen der Presse, des Rundfunks, des Ausstellungswesens, Films, Rednerwesens, der landwirtschaftlichen Marktaufklärung und Absatzwerbung, des Schrifttums und Verlagswesens sowie des Archiv- und Bibliothekwesens.

Für die Durchführung besonderer Aufgaben und zur Überprüfung der Dienststellen der Landes- und Kreisbauernschaften wurde ein Generalinspekteur bestellt.

Der Reichsnährstand ist aufgegliedert in Landesbauernschaften, deren räumlicher Umfang im allgemeinen dem der Länder oder preußischen Provinzen entspricht. Der Landesbauernführer und der Landesobmann sind für die Arbeit im Gebiet der Landesbauernschaft verantwortlich. Die Organisation ist der des Verwaltungsamtes im Reich gleich, jedoch im kleineren Umfange gehalten. Insgesamt gibt es 20 Landesbauernschaften, die wieder in Kreis- und Ortsbauernschaften unterteilt sind.

Die Kreisbauernschaften stehen zum großen Teil in unmittelbarem beratenden Verkehr mit den Bauern und Landwirten, soweit die Beratung nicht von den Ortsbauernschaften selbst erledigt werden kann. Jede Kreisbauernschaft wird von einem ehrenamtlichen Kreisbauernführer geleitet.



*Oberbayerisches Bauernhaus*

Ehrenamtlich ist auch die Führung der Ortsbauernschaften. Die Ortsbauernführer halten die unmittelbare Fühlung mit dem einzelnen Bauern und bekleiden daher einen besonders verantwortungsvollen Posten.

Schließlich sei noch erwähnt, daß auch die Bauernschulen, Landwirtschaftsschulen, Tierzuchtämter dem Reichsnährstand unterstehen und er somit das ganze für ihn zuständige Aufgabengebiet umfaßt.



## *Der Erbbhof*

Wohl kaum ein Gesetz der nationalsozialistischen Regierung hat solches Interesse im In- und Auslande gefunden wie das Reichserbbhofgesetz. Während man innerhalb des deutschen Bauerntums die Bedeutung und den Wert dieses Gesetzes bald erkannt hat, haben ausländische Stimmen sich oft ablehnend über das Reichserbbhofgesetz ausgesprochen. Eine Kritik war bei der ganzen Sachlage nicht verwunderlich. Allerdings muß eines bei sachlicher Kritik unbedingt berücksichtigt werden: Es ist mit dem Erbbhof nicht etwas ganz Neues geschaffen worden, sondern er bedeutet für viele Gegenden Deutschlands nur die gesetzliche Festlegung einer uralten deutschen Besitz- und Erbsitte, die in Jahrhunderten sich als richtig und notwendig erwiesen hat. Was so lange Zeit im Rechtsempfinden eines Volkes erhalten bleibt, daß es nach Jahrhunderten noch freiwillig ausgeübt wird, dessen Güte muß sich unbedingt bewährt haben. Durch den unverkäuflichen Erbbhof ist das gesunde Verhältnis von Blut und Boden hergestellt und gesichert, dessen Wahrung der Reichsnährstand als eine seiner Hauptaufgaben ansieht. Deshalb trägt auch der Reichsnährstand in seinem Siegel die Worte „Blut und Boden“.



*Schwarzwälder Bauernhaus*



*Bauernhaus aus Hannover*

Am 1. Oktober 1933 trat das Reichserbhofgesetz bereits in Kraft. Es beginnt mit den Worten:

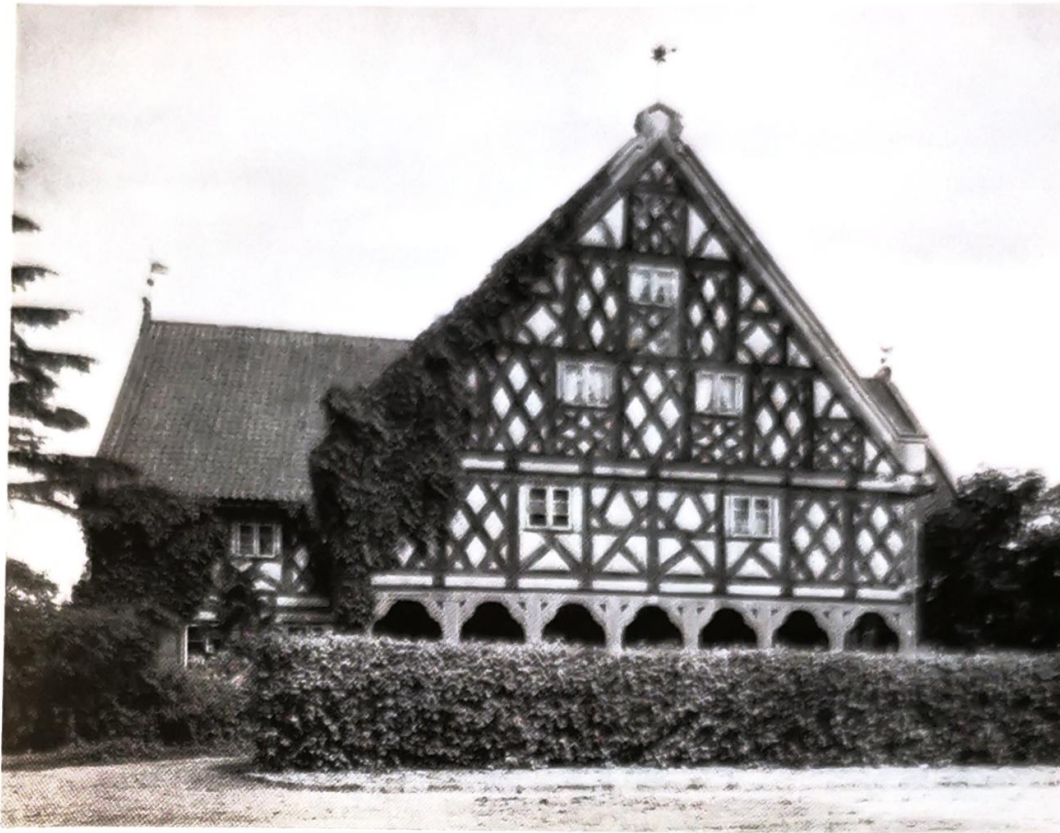
„Die Reichsregierung will unter Sicherung alter deutscher Erbsitte das Bauerntum als Blutsquelle des deutschen Volkes erhalten.

Die Bauernhöfe sollen vor Überschuldung und Zersplitterung im Erbgang geschützt werden, damit sie dauernd als Erbe der Sippe in der Hand freier Bauern verbleiben.





*Westfälisches Bauernhaus*



*Ein Laubenhaus aus der Grenzmark Posen-Westpreußen*

Es soll auf eine gesunde Verteilung der landwirtschaftlichen Besitzgrößen hingewirkt werden, da eine große Anzahl lebensfähiger kleiner und mittlerer Bauernhöfe, möglichst gleichmäßig über das ganze Land verteilt, die beste Gewähr für die Gesunderhaltung von Volk und Staat bildet.“

Weiter heißt es im Reichserbhofgesetz:

„Land- und forstwirtschaftlicher Besitz in der Größe von mindestens einer Ackernahrung und von höchstens 125 Hektar ist kraft Gesetzes Erbhof, wenn er einer bauernfähigen Person gehört.

Der Eigentümer des Erbhofs heißt Bauer.

Bauer kann nur sein, wer deutscher Staatsbürger, deutschen oder stammesgleichen Blutes und ehrbar ist. Der Erbhof geht ungeteilt auf den Anerben über. Die Rechte der Miterben beschränken sich auf das übrige Vermögen des Bauern. Nicht als Anerben berufene Abkömmlinge





*Bauernhof aus Schleswig-Holstein*

erhalten eine den Kräften des Hofes entsprechende Berufsausbildung und Ausstattung; geraten sie unverschuldet in Not, so wird ihnen die Heimatzuflucht gewährt.

Das Anerbenrecht kann durch Verfügung von Todes wegen nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden. Der Erbhof ist grundsätzlich unveräußerlich und unbelastbar.“

Die Zahl der Erbhöfe in Deutschland beträgt rund 700 000.

Das Gesetz ist nicht etwa vollkommen starr, sondern läßt die Möglichkeit offen, daß auch ein größerer Besitz als vorgesehen als Erbhof anerkannt werden kann. Allerdings müssen das besondere Verhältnisse rechtfertigen. Die Gründe dafür können verschiedener Art sein und im Boden und Klima ebenso ihre Ursachen haben, wie in der Besitzdauer, wenn es sich um einen größeren Gutshof handelt, der mehr als 150 Jahre lang Eigentum einer Familie ist. Außerdem können verdiente Deutsche als besondere Ehrung einen größeren landwirtschaftlichen Betrieb als im Gesetz vorgesehen als Erbhof anerkannt erhalten. Geschlecht und Erbhof sind also miteinander verbunden, wie es in Deutschland von jeher gewesen ist.

Bauer aber kann nicht jeder sein. Grundsätzliche Voraussetzungen muß er erfüllen. Es wird folgendes verlangt:



*Altes mecklenburgisches Bauernhaus*

1. Der Inhaber eines Erbhofes muß die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und deutschen oder stammesgleichen Blutes sein. Juden können demnach keinen Erbhof erwerben.
2. Der Bauer muß ehrbar sein. Schwere Verbrechen können den Erben von der Erbfolge ausschließen oder ihm den schon übertragenen Erbhof wieder nehmen. Es kann auch nicht derjenige Bauer sein, der grobe Verstöße gegen seine Standesehre begeht.
3. Der Bauer muß fähig sein, seinen Hof ordnungsgemäß zu bewirtschaften. Dabei besteht nicht die Notwendigkeit, daß der Bauer nun unbedingt und unter allen Umständen selbst mit Hand anlegt, oder daß er auch seinen dauernden Wohnsitz immer auf seinem Hofe hat. Er muß aber für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung Sorge tragen. Er allein ist dafür verantwortlich und wird notfalls von Gesetzes wegen hierfür zur Rechenschaft gezogen. Es kann einem liederlichen Bauern passieren, daß er seinen Hof an einen würdigeren Erben verliert, oder, wie es in der Fachsprache heißt, daß er „abgemeiert“ wird.

Von verschiedenen Seiten wurde befürchtet, daß durch das Reichserbhofgesetz eine Bevorzugung des Anerben seinen Ge-



schwistern gegenüber eintreten, oder umgekehrt ausgedrückt, daß eine Benachteiligung der anderen Kinder stattfinden würde. Auch diese Meinung ist falsch. Der Bauer übernimmt mit dem Erbhof nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Die weichen Erben, also die Geschwister des Bauern, haben Anspruch auf Unterhalt und Erziehung. Außerdem haben sie eine Berufsausbildung zu verlangen, wie sie dem Stande des Hofes entspricht. Auch bei Selbständigmachung, z. B. wenn sich ein Sohn ein Geschäft einrichtet, oder bei Verheiratung der Töchter, haben diese Kinder Anspruch auf eine dem Hofe entsprechende Ausstattung oder Aussteuer. Außerdem ist den anderen Kindern das Zufluchtsrecht auf dem Hofe zugesichert, wenn sie in wirtschaftliche Not kommen sollten.

Einer alten, bäuerlichen Rechtsauffassung entspricht es, daß für das Reichserbhofgesetz eine eigene Gerichtsbarkeit geschaffen wurde, auf die die Bauern selbst maßgebenden Einfluß haben. Nicht vom grünen Tisch aus wird entschieden!

Die besonders Klugen haben darauf hingewiesen, daß durch die Anerbenfolge der Kinderreichtum auf dem Dorfe zurückgehen müsse. Das Lachen der Jüngsten von 1 und 2 Jahren beweist heute schon das Gegenteil. Jeder kann sich selbst davon überzeugen, der sich die Mühe macht, auf das Dorf hinauszugehen. Nicht Kinderarmut wird das Erbhofgesetz bringen, sondern, weil die Zukunft aller Kinder sichergestellt ist, wird Deutschland durch das Erbhofgesetz wieder Kinderland werden.

## *Die Marktordnung*

Es wurde schon angedeutet, daß die nationalsozialistische Agrarpolitik von dem kapitalistischen Grundsatz, nach dem Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen, für besonders wichtige Ernährungsgüter abgegangen ist. Damit wurde nicht nur der Verteiler und der Ver- und Bearbeiter, sondern auch der Erzeuger unseres Nahrungsbedarfs von der Notwendigkeit zu spekulieren befreit. Am schlechtesten schnitt bei der Warenspekulation der kleine Mann ab, der nicht das nötige Kapital hatte, um die günstigste Zeit abzuwarten, sondern verkaufen mußte, wenn er Geld brauchte. Zu den kapitalarmen Spekulanten gehörte auch der Bauer, denn sein Betriebskapital setzt sich in der Regel nur einmal im Laufe des Jahres um. Ebenso gehörten die mittelständischen verarbeitenden Gewerbebetriebe wie Müllereien und Brauereien dazu. Der Erfolg war hier der, daß viele Klein- und Mittelbetriebe von den kapitalkräftigeren Großbetrieben übernommen wurden, was keineswegs im Sinne unserer Volkswirtschaft lag. Dieser volkschädigenden Spekulation stellte die nationalsozialistische Agrarpolitik die Marktordnung entgegen und schuf den Festpreis. Festpreis ist gleichbedeutend dem „gerechten Preis“!

Der gerechte Preis muß so sein, daß er den Erzeuger und den Verbraucher schützt. Den Bauern und Landwirt muß er davor schützen, daß er seine Erzeugnisse nur zu Schleuderpreisen oder überhaupt nicht verkaufen kann. Den Verbraucher muß der gerechte Preis vor einer Übervorteilung insbesondere zu den Zeiten bewahren, in denen eine jahreszeitlich bedingte geringere Erzeugung erfolgt. Der feste Preis muß mindestens so hoch sein, daß er die Erzeugungskosten der Landwirtschaft deckt und außerdem die ordnungsgemäße Weiterführung der landwirtschaftlichen Betriebe garantiert. Andererseits muß er so niedrig sein, daß der Verbraucher nicht übervorteilt wird, sondern mit gleichbleibenden Preisen rechnen kann, die seinem Einkommen entsprechen. So sind die Preise, um einige herauszugreifen, für Brot, Milch und Butter seit Jahren gleich geblieben, obwohl infolge des verschiedenen Ausfalls der Ernten und aus anderen Ursachen Preisschwankungen, vom spekulativen Standpunkt aus betrachtet, möglich gewesen wären. Die





*Die Gesamtansicht eines Neubauerndorfes*

Festlegung des gerechten Preises hat das aber zum beiderseitigen Nutzen verhindert. Für den notwendigen Lebensbedarf sind die Preise auch für den Zwischenhandel sowie für die Be- und Verarbeitung im großen und ganzen festgelegt. Die Festlegung dieser Zwischenhandelsspanne beabsichtigt keineswegs eine Ausschaltung des Zwischenhandels selbst, der als privater Verteilerapparat unbedingt seine Daseinsberechtigung erwiesen hat. Allen beteiligten Kreisen ist damit aber die Spekulationsmöglichkeit genommen worden.

Weitere wichtige Aufgaben sind von der Marktordnung neben dieser Preisfrage noch zu erfüllen. Vor allen Dingen wird durch sie auch der Verteiler- und Verarbeitungsapparat reguliert. Durch die Marktordnung muß ferner die Absatzregelung planmäßig durchgeführt werden. Was damit gemeint ist, zeigt am besten ein Beispiel aus der Milchwirtschaft.

Ehe die landwirtschaftliche Marktordnung in Kraft trat, war auf dem Milchmarkt ein wildes Durcheinander. Es war verständlich, daß sich jeder an der Frischmilchbelieferung der großen Städte beteiligen wollte. Auf diese Weise bekam man nämlich für seine Milch das meiste Geld. Um beispielsweise die Versorgung der Reichshauptstadt mit Milch durchzuführen, wurde die Frischmilch zum großen Teil nicht etwa aus den umliegenden Gebieten genommen, sondern teilweise Hunderte



*Der Hof eines Neubauern*

von Kilometern weit herbeigeschafft, sogar von des Reiches südlichster Grenze, aus dem Allgäu. Das hatte seinen Grund darin, daß der Allgäuer für seine Milch, die er selbst zu Butter und Käse verarbeitete, für die Werkmilch also, solch niedrigen Preis bekam, daß der Frischmilchverkauf nach Berlin immer noch ein besseres Geschäft für ihn bedeutete. Zur Zwischenhandels- spanne kamen noch die ungeheuren Transportkosten auf dem etwa 700 Kilometer langen Wege. Ein Keil trieb also den anderen, und ein Abgleiten ins Uferlose war zu erwarten. Dabei konnte für den Verbraucher der Milchpreis nicht gesenkt werden, weil die unproduktiven Zwischenkosten keine Verbilligung zuließen. Bei Einführung der Marktordnung wurden in der Milchwirtschaft bestimmte Milcheinzugsgebiete festgelegt, die sich außerordentlich erfolgreich für die gesamte Milchwirtschaft ausgewirkt haben.

Ähnlich wie bei der Milchwirtschaft wurden für die anderen Versorgungsgebiete besondere Regelungen geschaffen.

Die Marktordnung sorgt auch für die Verbesserung der Qualität der aus der heimatlichen Scholle erzeugten Produkte. Es



ist nicht so, daß für schlechte Qualität der gleiche Preis bezahlt werden kann wie für gute. Der Qualitätsgedanke wird also nicht unterbunden, sondern im Gegenteil gefördert. Für die Arbeit an der Qualitätsförderung stehen dem Reichsnährstand sämtliche Forschungs- und Lehranstalten zur Verfügung. Marktordnung heißt also nicht Leistungsstillstand, sondern Leistungssteigerung!

Soweit notwendig, hilft die Marktordnung auch mit bei der Marktberreinigung. Die Ernährungswirtschaft kann nicht der Willkür des einzelnen so stark ausgesetzt sein, daß darunter das Gesamtwohl leidet. Der fachlichen Tüchtigkeit des Privatmannes sind keine Grenzen gesetzt. Dem Konkurrenzkampf muß aber dort entgegengetreten werden, wo er sich volkswirtschaftlich schädlich auswirkt. In diesem Falle kann der Reichsnährstand entscheidend eingreifen und beispielsweise nur so viele Betriebe in einem Ort oder in einer Gegend zulassen wie unter normalen Voraussetzungen lebensfähig sind.

Ausdrücklich sei nochmals hervorgehoben, daß die Marktordnung keine Planwirtschaft ist. Es denkt niemand daran, etwa eine Begrenzung der Anbauflächen vorzunehmen oder Anbauvorschriften zu erlassen. Zwischen Marktordnung und Planwirtschaft besteht ein grundsätzlicher Unterschied.

Die Marktordnung hat, um es zusammenfassend noch einmal festzustellen, folgende Aufgaben:

1. Erzeugerschutz

Gerechte stetige (Fest-) Preise  
Gesicherte Abnahme

2. Verbraucherschutz

Gleichmäßige gerechte Verbraucherpreise  
Gerechte Versorgung auch bei Verknappung  
Qualitätsgarantie  
Vorratswirtschaft

3. Geordnete Warenbewegung sowie Be- und Verarbeitung

Andienungspflicht  
Sinnvolle Warenverteilung  
Kontingentierung  
Gerechte Spanne  
Leistungsprinzip

Das sind gleichzeitig die Voraussetzungen für die Erzeugungsschlacht.



*Moorkultur in Emsland*

### *Die Erzeugungsschlacht*

**K**einem freien Volke kann es verwehrt werden, seinen Bedarf an lebenswichtigen Nahrungsgütern aus eigener Scholle sicherzustellen. Wenn ein Volk dies nicht tut, ist es auf den guten Willen fremder Brotlieferanten angewiesen, die es dann in der Hand haben, ihren Willen durchzusetzen oder die Brotlieferung einzustellen. Dabei braucht man durchaus nicht an kriegerische Ereignisse zu denken. Es können viel eher andere Ursachen die Notwendigkeit der inländischen Nahrungssicherheit bedingen. Einen solchen Fall haben wir jetzt, wo für Millionen von Erwerbslosen Arbeit zu beschaffen war. Wenn es also der deutschen Landwirtschaft gelingt, einen Teil der benötigten und vom Auslande eingeführten Rohstoffe selbst zu erzeugen, so sind wir in der Lage, mit unseren spärlich vorhandenen Devisen mehr von denjenigen Rohstoffen zu kaufen, die bei uns überhaupt nicht erzeugt werden können. Inwieweit noch eine zusätzliche Einfuhr von Nahrungsbedarf in Frage



kommt, hängt, praktisch betrachtet, davon ab, in welchem Umfange das Ausland bereit ist, von uns Waren abzunehmen, d. h. mit Deutschland in einen Gütertausch einzutreten.

Die Leistungen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung sind bedeutend. Wenn man bedenkt, daß am 1. Januar 1933 die amtliche Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen 5 772 000 betragen hat, und daß diese Zahl bis Anfang Juni 1936 auf unter 1 $\frac{1}{2}$  Millionen gesunken ist, so kann man sich vorstellen, welche ungeheurer Arbeit und welcher großen Wagemuts es bedurft hat, zu diesem hervorragenden Ergebnis zu gelangen.

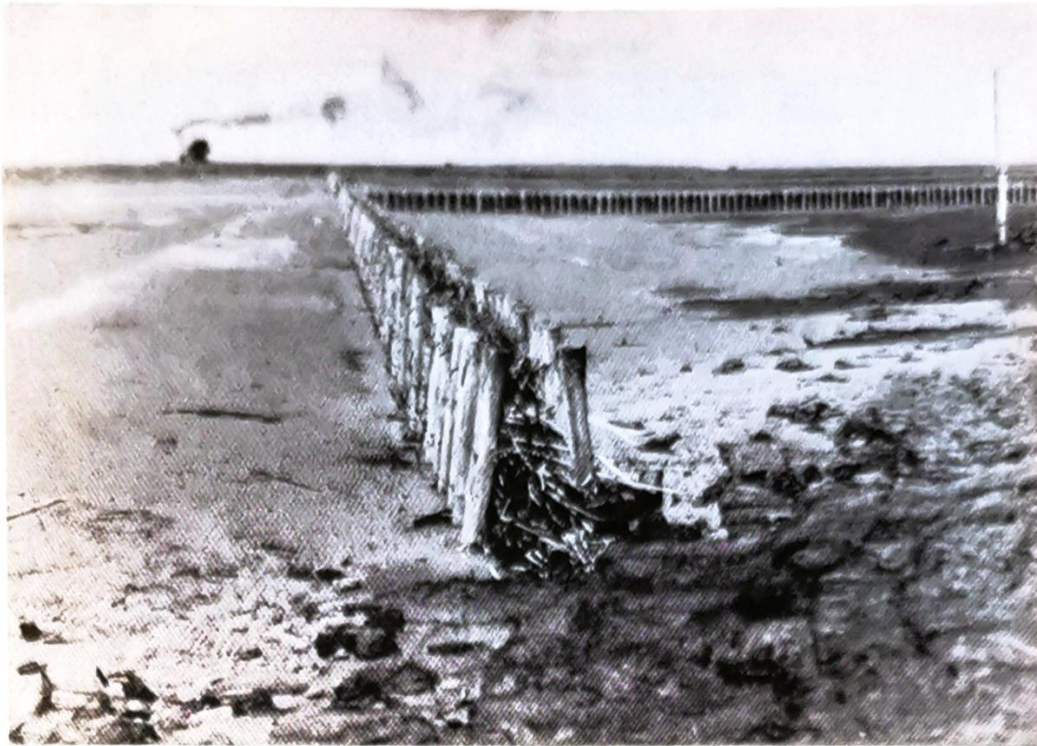
So müssen von der Landwirtschaft alle Anstrengungen gemacht werden, um ihre Erzeugung zu steigern. Man hat für diesen friedlichen Kampf den einprägsamen Ausdruck „Erzeugungsschlacht“ gewählt.

Aufgabe der Erzeugungsschlacht kann es — um es noch einmal zu betonen — nicht sein, Deutschland vom Weltmarkt hinsichtlich der Nahrungsgüterversorgung unabhängig zu machen. Richtig ist aber, daß es die Aufgabe der Erzeugungsschlacht ist, *die Ernährungsgrundlage* für die wichtigsten Nahrungsgüter des deutschen Volkes sicherzustellen.

Anläßlich des Reichsbauerntages zu Goslar im November 1934 wurde das deutsche Landvolk zum ersten Male durch den Reichsbauernführer zur Erzeugungsschlacht aufgerufen und ihm die Aufgabe gestellt, aus dem deutschen Grund und Boden so viel herauszuholen wie nur möglich. Die ganze Wucht der nationalsozialistischen Propaganda wurde eingesetzt. Hunderttausende von Versammlungen fanden statt, angefangen von der Bauernmassenversammlung bis zum kleinsten Dorfabend. Die landwirtschaftliche Fachpresse wurde ganz in den Dienst der Erzeugungsschlacht gestellt, und auch die Tageszeitungen jeder Größe, Rundfunk, Film, Lichtbild, Schrifttum und was es sonst an Werbemitteln gibt, beteiligten sich an dem Werbefeldzug. Die deutsche Landwirtschaft wurde auf diese Weise mit den Gedanken und der Notwendigkeit der Erzeugungsschlacht im Laufe des Winters bekannt gemacht. So wußte schließlich jeder, um was es ging und wo eingesetzt werden mußte. Auf die gleiche Art und durch persönliche Beratung wurden auch die fachlichen Grundlagen bekanntgegeben.

Der Aufruf zur Erzeugungsschlacht und ihre Parolen wurden





*Neulandgewinnung aus dem Meere. Pfahldämme werden miteinander verflochten und gegen das Meer vorgetrieben. Bei Flut werden diese Parzellen vom Meere überspült. Bei Ebbe halten sie aufbauende Bestandteile zurück, die einen langsam höherwachsenden Boden ergeben*

von der Landwirtschaft freudig aufgenommen und in staunenswertem Umfange befolgt.

Die Gefahr, daß eines Tages das deutsche Volk nicht mehr genug Nahrung hat, wie es im Weltkriege der Fall war, besteht heute nicht mehr. Allerdings können noch gewisse Spannungen dort auftreten, wo die Inlandserzeugung noch nicht in der Lage ist, den Bedarf restlos zu jeder Jahreszeit zu decken. Die Ursachen solcher Spannungen können so verschiedener Art sein, daß eine Aufzählung kaum möglich ist. Selbstverständlich haben die verantwortlichen Männer das Auftreten dieser Spannungen bedacht und erwogen. Man wußte aber ebenso genau, daß diese Schwierigkeiten keine großen Ausmaße annehmen würden und verhältnismäßig leicht zu überwinden sind. In einem Kampfe wie gegen die Arbeitslosigkeit müssen naturgemäß Opfer gebracht werden wie in allen Kämpfen. Es kommt auch nicht so sehr darauf an, ob die gebrachten Opfer größer oder kleiner sind, sondern darauf, daß der Sieg errungen wird und der gebrachten Opfer würdig ist. Tatsächlich stehen die Schwie-



rigkeiten in keinem Verhältnis zu der Not, die durch die Arbeitslosigkeit über unser Land gekommen war. Das deutsche Volk ist gewillt, diese Opfer auf sich zu nehmen und eine vorübergehende Verknappung auf dem Fett- oder Eiermarkt zu ertragen. Durch Einigkeit sind alle Schwierigkeiten leicht zu meistern. Zudem ist es einfach, bei Verknappung eines Nahrungsmittels auf andere zurückzugreifen.

Über den Rahmen der Landwirtschaft hinaus wurde auch die deutsche Hausfrau für die Erzeugungsschlacht, oder besser gesagt, für die Erhaltungsschlacht gewonnen. Der größte Teil des Lebensbedarfes geht durch die Hand der Hausfrau. Es ist nicht nur wichtig, daß genug Ware vorhanden ist, sondern daß die Ware auch entsprechend verwertet und sie vor dem Verderb geschützt wird. Nicht auf die Erzeugung allein, sondern auch auf die Erhaltung kommt es an! Auch diese Aufklärungsarbeit hat bereits zu guten Erfolgen geführt, und somit ist der Werbefeldzug „Kampf dem Verderb“ eine sinnvolle Ergänzung der Erzeugungsschlacht.

Aber auch die Lösung einer weiteren großen Aufgabe ist durch die Erzeugungsschlacht gefördert worden. Durch den gemeinsamen Kampf wurde ein enges Band der Einigkeit um Stadt und Land geschlungen. Die Erzeugungsschlacht hat bewiesen, daß Stadt und Land nicht getrennte Interessen haben können, sondern eng zusammengehören.



*Fruchtbarer Boden wurde dem Meere abgerungen. Entwässerungsgräben durchziehen das Land. Durch Eindeichung erfolgt die weitere Kultivierung*

### *Neubildung deutschen Bauerntums*

Gebräuchlicher als der Ausdruck „Neubildung deutschen Bauerntums“ ist das Wort „ländliche Siedlung“. Doch wird der erste Ausdruck eher der Sachlage gerecht. Die Kleinsiedlung, Stadtrandsiedlung usw. sollen hier keine Berücksichtigung finden, auch nicht die Anliegersiedlungen, bei der landwirtschaftliche Kleinbetriebe so weit vergrößert werden, daß sie Bauernbetriebe werden.

Ziel des Reichsnährstandes ist, insbesondere in den dünn bevölkerten Gebieten eine möglichst große Zahl von Neubauernstellen zu schaffen. Der Neubauernhof soll die Größe einer Ackerntahrung besitzen und damit die Existenzsicherheit aus eigener Scholle gewährleisten.

Der bisherige Erfolg der Neubildung deutschen Bauerntums läßt sich, so merkwürdig das im ersten Augenblick aussehen mag, in seiner wahren Bedeutung schwer in Zahlen darstellen. Es sagt also nicht viel, wenn man feststellt, daß im Jahre 1934 nahezu 5000 Neubauernhöfe errichtet wurden. Ebenso kann man kein klares Bild über Neubildung deutschen Bauerntums aus der Tatsache gewinnen, daß im Jahre 1934 144617 Hektar Siedlungsland im Reichsgebiet zur Verfügung gestellt wurden. Wenn man aber dem gegenüberstellt, daß im durchschnittlichen Jahresergebnis von 1919 bis 1932 nur 67184 Hektar jährlich an Sied-

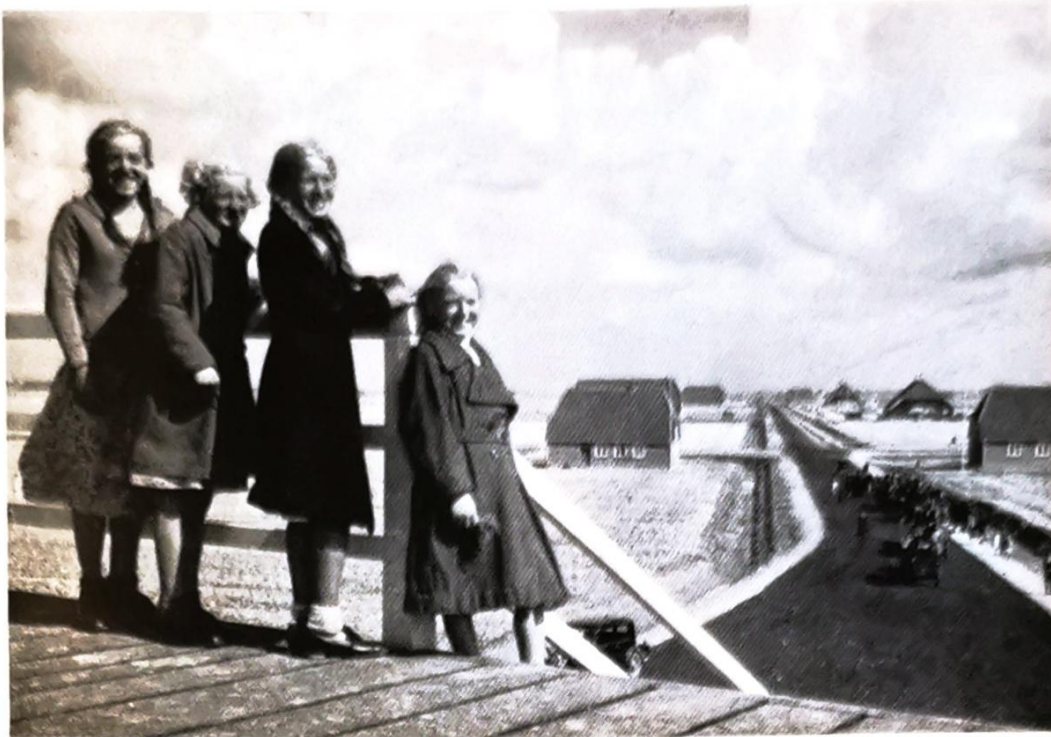


lungsland bereitgestellt werden konnten, so zeigt das deutlich, daß die Neubildung deutschen Bauerntums jetzt mit starker Kraft vorwärtsgetrieben wird.

Die Möglichkeit, Land für Neubauernstellen zu schaffen, ist dreifach gegeben:

Zunächst soll ein Teil der Landbeschaffung durch Landbereitstellung des Großgrundbesitzes erfolgen. Ausdrücklich sei hier erwähnt, daß es sich nicht um eine zwangsweise Auf siedlung des Großgrundbesitzes handeln kann, sondern daß das Land für diese Zwecke gegen entsprechendes Entgelt abgegeben wird. Über den Privatbesitz hinaus wird auch der Besitz in öffentlicher Hand (Staatsdomänen usw.), soweit das die Staatsmöglichkeiten zulassen, zur Schaffung von Neubauernstellen zur Verfügung gestellt. Das Reichssiedlungsgesetz sieht die Möglichkeit vor, durch die geschilderte Art und Weise der Landleieferung durch den Großgrundbesitz aus privater und öffentlicher Hand rund 1,7 Millionen Hektar zur Neubildung deutschen Bauerntums freizumachen. In welchem Zeitraum diese Fläche restlos zur Verfügung gestellt werden kann, ist heute noch nicht abzusehen.

Eine zweite Möglichkeit, um Land für Neubauern zu schaffen, besteht in der Kultivierung von Ödland und Mooren. Diese Art der Gewinnung von Kulturboden ist besonders zweckmäßig, weil aus vorhandenem schlechten Boden guter geschaffen werden soll. Auf Ödlandkultivierung dürfen — im Gegensatz zur Moorkultivierung — allerdings keine übertriebenen Hoffnungen gesetzt werden, weil Ödländereien bei uns nicht viel vorkommen. Außerdem ist zu beachten, daß ein Teil der Ödländereien nicht zu Kulturboden gemacht werden kann, weil die natürlichen Voraussetzungen, Klima, Höhenlage, Bodenart usw., nicht zu ändern sind. Die Gesamtfläche Deutschlands, die für die Landwirtschaft nutzbar ist, beträgt rund 30 Millionen Hektar. Es hieße den deutschen Bauern schlecht kennen, wenn man glaubte, daß er Millionen Hektar von Ödländereien neben seinem guten Acker zwecklos liegen hätte. Anders sind — wie bereits erwähnt — die Verhältnisse bei den Hoch- und Niedermoo ren. Hier besteht im Gegensatz zur Kultivierung der Ödländereien für den einzelnen oft nicht die Möglichkeit, von sich aus allein erfolbringende und umfassende Kulturarbeit



*Dithmarscher Mädels auf dem Deich des Adolf-Hitler-Koogs*

zu leisten. Nur dann kann etwas erreicht werden, wenn ein großer zusammenhängender Teil der Moorfläche oder die Gesamtfläche überhaupt für die Kultur auf einmal in Angriff genommen wird. Deshalb erfolgt auch der große Einsatz des Arbeitsdienstes bei Arbeiten in Moorgegenden. Insgesamt kann man schätzen, daß gegen 2 Millionen Hektar Moor und Ödländereien kultivierbar sind. Natürlich ist es nicht möglich, von heute auf morgen große Erfolge zu erzielen. Bereits sind große Moor- und Ödlandkultivierungen in Angriff genommen, deren Umfang über 200000 Hektar beträgt. Die Arbeitsvorhaben verteilen sich über das ganze Reich. Die wichtigsten Moorkultivierungen dürften sein: Das Rhin- und Havel-Luch unweit von Berlin, der Sprotte-Bruch in Schlesien, das hessische Ried, das Chiemgauer Moor und Donauried in Bayern und in Nordwestdeutschland das linksemsische Moor. Im Arbeitsdienst haben junge Deutsche aller Stände die Möglichkeit, bei Moorkultivierungen die Arbeit am deutschen Boden kennen und achten zu lernen.

Unbeugsamer Energie und Zähigkeit ist es gelungen und wird es in Zukunft gelingen, die dritte Möglichkeit auszunützen, um



dem deutschen Neubauerntum Boden zu beschaffen, indem man dem Meere Land abgewinnt. Hier müssen große Dammbauten helfen. Da unser deutsches Volk, das „Volk ohne Raum“, Neu-land benötigt, dürfen wir auch vor den schwierigsten Aufgaben nicht zurückschrecken. In einem 50-Jahres-Programm sollen allein an der Westküste Schleswig-Holsteins der Nordsee über 100 000 Hektar Neu-land abgewonnen werden. Große Erfolge sind bereits erzielt. 1935 konnten der Adolf-Hitler-Koog in Größe von 1334 Hektar und der Hermann-Göring-Koog mit 550 Hektar eingeweiht werden. Fast 100 Erbhöfe wurden auf diese Weise geschaffen. Eine bedeutend größere Anzahl von Handwerker-siedlungen wurde ebenfalls hier ihrer Bestimmung übergeben.

Die Auswahl des Neubauern erfolgt nach bestimmten Gesichtspunkten. Selbstverständlich ist, daß er deutschen Stammes sein muß. Bauer und Bäuerin des neuen Hofes müssen auch rassisch wertvolle Menschen sein, die erbgesund sind und Gewähr dafür bieten, daß im Hofe gesunde Kinder aufwachsen. Kinderreiche Familien werden bei der Verteilung von Neubauernhöfen besonders berücksichtigt. Eine weitere wichtige Voraussetzung für einen Neubauern ist, daß der Bewerber die fachlichen landwirtschaftlichen Fähigkeiten für sich und seine Familie nachweisen kann. Der Neubauernhof ist kein Versuchsfeld, auf dem jeder herumprobieren kann. Er ist auch keine Lehrwerkstätte, in der sich diejenigen versuchen können, die glauben, sich für die Landwirtschaft zu eignen. Fachliche Fähigkeiten müssen unter allen Umständen vorhanden sein. Erst wenn diese Voraussetzungen zutreffen, wird die Geldfrage des Bewerbers um eine Neubauernstelle geprüft. Für die Finanzierung gibt es feste Richtlinien, die jedoch so gehalten sind, daß auch der wenig Begüterte einen Neubauernhof erwerben kann.

Die Neubildung deutschen Bauerntums wird durch Siedlungsgesellschaften durchgeführt, die unter Aufsicht der Siedlungsbehörden stehen, wodurch eine enge Zusammenarbeit mit dem Reichsnährstand gewährleistet ist. Die Neubauernstellen werden nur so weit fertiggestellt, daß die Voraussetzungen für eine erfolgreiche, ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Hofes gegeben ist. Jedem Neubauern wird es dann überlassen, sich weiter emporzuarbeiten, eigene Tatkraft zu entfalten und zu versuchen, für sich und seine Nachkommen das Beste zu schaf-



*Neubauernstelle in Schleswig-Holstein*

fen. Erst der Kampf gibt die nötige Verbundenheit zur eigenen Scholle. Nicht nur nachgeborene Bauernsöhne sollen aber eine Neubauernstelle erhalten, sondern jeder, der den geforderten Bedingungen entspricht, insbesondere auch der Landarbeiter kann Neubauer werden. Der Landarbeiter muß, da er finanziell vielfach nicht mit anderen Bewerbern konkurrenzfähig ist, besonders bevorzugt werden. Hier findet er die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg.

Neben diesen grundsätzlichen Dingen sind natürlich bei der Schaffung von Neubauerntum eine Reihe anderer Gesichtspunkte zu beachten, die sich auf Bauweise, Schule und ähnliches beziehen. Die Lösung dieser Fragen ergibt sich im Einzelfalle aus der Praxis. Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Siedlungsbehörden, Reichsnährstand und Siedlungsgesellschaften werden diese vom Reichsnährstand geforderten allgemeinen Voraussetzungen unbedingt beachtet.

Das große deutsche Siedlungs- und Kolonisationswerk dient dem Aufbau. Wo Aufbau ist, muß Frieden herrschen! Wir brauchen also auch für dieses Aufbauwerk den Frieden!



### *Literaturverzeichnis*

- R. Walther Darré, Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse, Verlag J. F. Lehmann, München, RM 8.—
- R. Walther Darré, Neuadel aus Blut und Boden, Verlag J. F. Lehmann, München, RM 7,50.
- Der 2. Reichsbauerntag in Goslar, Reichsnährstand Verlags-G. m. b. H., Berlin SW 11, Hedemannstr. 30, 217 S., RM 3,60.
- Der 3. Reichsbauerntag in Goslar, Reichsnährstand Verlags-G. m. b. H., Berlin SW 11, Hedemannstr. 30, 234 S., RM 3,80.
- Die Aufgabengebiete der Erzeugungsschlacht, Reichsnährstand Verlags-G. m. b. H., Berlin SW 11, Hedemannstr. 30, 278 S., RM 0,60.
- Reichart-Schweigert, Aufbau und Durchführung der landwirtschaftlichen Marktordnung, Reichsnährstand Verlags-G. m. b. H., Berlin SW 11, Hedemannstr. 30, 40 S., RM 0,30.
- Dr. Saure, Das Reichserbhofgesetz, Reichsnährstand Verlags-G. m. b. H., Berlin SW 11, Hedemannstr. 30, 127 S., RM 1,25.
- Dr. Reischle und Dr. Saure, Der Reichsnährstand Band I: Aufgaben und Aufbau des Reichsnährstandes, Reichsnährstand Verlags-G. m. b. H., Berlin SW 11, Hedemannstr. 30, 206 S., RM 4,50.
- Dr. Clauß, Der Bauer im Umbruch der Zeit, Reichsnährstand Verlags-G. m. b. H., Berlin SW 11, Hedemannstr. 30, 236 S., RM 2,70.
- Dr. Rechenbach, Bauernschicksal ist Volkesschicksal, Reichsnährstand Verlags-G. m. b. H., Berlin SW 11, Hedemannstr. 30, 128 S., RM 1,50.
- Dr. von Leers, Bauerntum, Reichsnährstand Verlags-G. m. b. H., Berlin SW 11, Hedemannstr. 30, 125 S., RM 1,80.
- Dr. von Leers, Odal, das Lebensgesetz eines ewigen Deutschland, Verlag Blut und Boden, Goslar, RM 12,60.

### *Wichtige Zeitschriften*

- Nationalsozialistische Landpost (Reichsnährstand Verlags-G. m. b. H.), Einzelpreis RM 0,20.
- Die Landfrau, Reichsnährstands Verlags-G. m. b. H., Einzelpr. RM 0,30.
- Odal, Verlag Blut und Boden, Goslar, Einzelpreis RM 1,50.
-

